

An den Landrat

Glarus, 15. Mai 2012

Legislaturplanung 2010/2014: Stand der Umsetzung per Mitte 2012

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (RVOG) verpflichtet den Regierungsrat, die Departemente und die Staatskanzlei aufeinander abgestimmte Planungen ihrer Tätigkeiten zu führen.

Art. 3*

Planung; Legislaturprogramm

¹ Der Regierungsrat, die Departemente und die Staatskanzlei führen aufeinander abgestimmte Planungen ihrer Tätigkeiten. Diese dienen der Festlegung der strategischen und der operativen Vorgaben sowie der Steuerung und Kontrolle bei der Umsetzung.

² Die Planungen nennen die Ziele und deren Prioritäten. Der Regierungsrat sorgt für die Abstimmung mit der Finanzplanung gemäss dem Finanzhaushaltgesetz.

³ Der Regierungsrat legt dem Landrat spätestens bis zur ordentlichen Beratung des Voranschlags sein Legislaturprogramm, welches auf den Planungen gemäss dieser Bestimmung beruht, zur Genehmigung vor; er erstattet zugleich Bericht über die Verwirklichung des für die vorangehende Legislatur erstellten Programms.

Die Legislaturplanung 2010 bis 2014 wurde vom Landrat an seiner Sitzung vom 30. Juni 2010 zur Kenntnis genommen. Der Landrat wird durch den Regierungsrat jeweils zwei Jahre nach der Verabschiedung mit einem Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des Legislaturprogramms orientiert.

Bezüglich Ausgangslage und Politische Entwicklungsplanung 2010 bis 2020 wird auf den Bericht verwiesen.

Nachstehende Ausführungen orientieren sich an der gültigen Legislaturplanung. **Zeitliche Verschiebungen** werden jeweils **fett markiert**. Wesentliche Änderungen oder Abweichungen werden kommentiert.

2. Umsetzung der Legislaturplanung 2010-2014

2.1. Regierungsrat

Landsgemeinde erhalten, die bewährte politische Kultur festigen und modernisieren.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Überprüfung Abstimmungsverfahren Landsgemeinde (Beizug elektronischer Hilfsmittel)	II	SK	2012-2014
Aufbau Kompetenzzentrum im Fachbereich Personelles für Kanton und Gemeinden	I	DFG	2012/2013
E-Government: - Formulierung E-Government-Strategie für Kanton und Gemeinden	I	SK/DFG	2012
- Einführung E-Voting für Auslandschweizer	I	SK/DFG	2014
- Einführung E-Signatur als Grundlage für elektronische Behördengänge/Eingaben für Kanton und Gemeinden	I	SK/DFG	2012-14
Controlling Gemeindestrukturereform, eventuell weitere Anpassung gesetzlicher Grundlagen	I-II	DVI/RR/LG	laufend

Stand Umsetzung

Das Ziel „Aufbau Kompetenzzentrum im Fachbereich Personelles für Kanton und Gemeinden“ ist nicht mehr aktuell und wird nicht weiterverfolgt. Kanton und Gemeinden verfügen je über eigene Personaldienste, was auch sinnvoll ist.

Alle E-Government-Projekte werden nach hinten verschoben. Die E-Government Strategie Kanton-Gemeinden soll noch dieses Jahr erarbeitet werden. Die Einführung von E-Voting für Auslandschweizer wird vorerst sistiert, bis alle Fragen rund um die Beherbergungslösung des Bundes geklärt sind.

2.2. Raumordnung

Die gewachsene Raumnutzung grundlegend überprüfen und optimieren.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Neuer Richtplan	I	LR/DBU	bis 2014
Neues Wassergesetz	I	DBU/LG	bis 2014

Stand Umsetzung

Die Gemeinden haben gestützt auf den Entwurf des kantonalen Raumkonzepts konzeptionelle Ideen in räumlichen Leitbildern festgehalten. Diese Ideen werden in den kommenden Monaten in die kommunalen Richtplanungen umgesetzt und ab Mitte 2013 (frühestens) in die Arbeiten für die Nutzungsplanrevisionen einfließen.

Die Kantone SG, SZ und GL haben sich im 2011 zur kantonsübergreifenden Standortplanung für verkehrsintensive Einrichtungen im Linthgebiet ausgetauscht. Der Schlussbericht ist noch in der Vernehmlassung. Die Empfehlung wird in der Richtplananpassung 2011 umgesetzt. Die Richtplananpassung 2011 umfasst zudem die Themenbereiche Siedlungstrenngürtel, landschaftsprägende Bauten, Fruchtfolgeflächen, Raumbedarf Fließgewässer und allenfalls die Zweitwohnungs-Problematik. Mitte 2012 findet eine kantonale

Behördenvernehmlassung statt. Aktuell befindet sich der Energierichtplan in der Vernehmlassung.

2.3. **Wirtschaft und Arbeit**

Die Standortqualität für ansässige KMU und für neue Firmen nachhaltig verbessern.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Neues Wassergesetz	I	DBU/LG	bis 2014
Beginn Realisierung Umfahrung Näfels	I	(Bund)	2014
Realisierung Projekte aus Mehrjahres-Strassenbauprogramm (Stichstrasse Näfels, Querspange Netstal, Linthbrücke Näfels-Mollis, Linthbrücke Netstal)	I-II	DBU/LR	ab 2013
Totalrevision Wirtschaftsförderungs- und Investitionshilfegesetz (Nachfolgeregelungen)	II	DVI/LG	2013

Bezüglich Umfahrung besteht nach wie vor die Zielsetzung, bis Ende 2013 ein baureifes Projekt zuhanden des ASTRA zu erarbeiten. Mit der Realisierung von Teilprojekten aus dem Mehrjahres-Strassenbauprogramm wird begonnen werden; erstes Projekt ist die Linthbrücke Näfels-Mollis, die 2012 in Angriff genommen wird.

Ein neues Standortförderungsgesetz ist auf die LG 2013 (statt 2012) geplant; Anfang April 2012 wurde die Vernehmlassung dazu eröffnet. 2013 wird ein Vernehmlassungsentwurf für ein neues Wassergesetz erarbeitet, geplant ist nach wie vor eine Vorlage auf die Landsgemeinde 2014.

2.4. **Wohnen**

Die Attraktivität als Wohnkanton stärken und die Bevölkerungszahl in allen drei Gemeinden mindestens halten.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Studentakt Glarner Sprinter	I	DBU/RR	2014 (Mitte)
Umbau Bahnhof Glarus	II	DBU/LR LG	2013 2014
Beginn Realisierung Umfahrung Näfels	I	(Bund)	2014
Realisierung Projekte aus Mehrjahres-Strassenbauprogramm (Stichstrasse Näfels, Querspange Netstal, Linthbrücke Näfels-Mollis, Linthbrücke Netstal)	I-II	DBU/LR	ab 2013

Bezüglich Umfahrung/Realisierung Projekte aus dem Mehrjahresprogramm sei auf die Ausführungen in Kapitel 2.3 verwiesen. Beim öV ist man auf Kurs, Mitte 2014 wird – nach dem positiven Landsgemeindeentscheid mit der Umsetzung des Studentaktes für den Glarner Sprinter begonnen. Ende 2013 wird der Tarifverbund Ostwind eingeführt. Das Projekt für den Umbau des Bahnhofs Glarus soll 2013 erarbeitet und dem Landrat unterbreitet werden, um es wie geplant der Landsgemeinde 2014 vorlegen zu können.

2.5. Finanzen

Den Kanton im schweizweiten Steuerwettbewerb in der ersten Hälfte positionieren.

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Steuerstrategie überprüfen und überarbeiten	I	DFG	2012/2013
Anpassungen an Bundesrecht (insbesondere Familienbesteuerung und Unternehmenssteuerreform III)	I	DFG	2011/2012 2013/2014
Ausgeglichener Finanzhaushalt/Abbau Staatsverschuldung	I	DFG	laufend

Stand Umsetzung

Grundsätzlich ist die Umsetzung auf Kurs. Zusätzlich wurde das Projekt „Effizienzanalyse light“ 2012 gestartet und soll 2013 abgeschlossen werden. Die Anpassung des Steuergesetzes an das Bundesrecht erfolgt laufend. Noch offen ist der Zeitpunkt der Unternehmenssteuerreform III, die vom Bund noch nicht in Angriff genommen wurde.

2.6. Kommunikation

Das Image des Kantons profilieren und verstärkt nach aussen tragen.

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Kantonsmarketing nach aussen tragen	I	DVI/SK	ab 2010
PR verstärken/neue Gemeinden einbinden	I	DVI/SK	ab 2010

Stand Umsetzung

Nach wie vor aktuell, man ist auf Kurs.

2.7. Tourismus/Kultur

Die Position als attraktiven Freizeit- und Erholungsraum vereinheitlichen und stärken.

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Sanierung Kunsthaus Glarus	I	DBK/LR	2012-2014
Schaffung Besucherzentrum Unesco-Weltnaturerbe (Provisorien)	I	LR	2010/2011
Revision Gesetzgebung über das Lotteriewesen/Glücks- und Geschicklichkeitsspiel	I	DSJ/LG	2011/2012
Umsetzung Tourismusstrategie (neu)	I	DVI/Gemeinden	2012/2015

Stand Umsetzung

Die provisorischen Besucherzentren für das Unesco-Weltnaturerbe wurden realisiert und sind in Betrieb. Über definitive Besucherzentren wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Mit Blick auf unsere Finanzlage ist die Schaffung einer teuren definitiven Lösung erst nach Vorliegen von Erfahrungswerten mit den Provisorien geboten.

2.8. Umwelt

Den Schutz von Natur und Umwelt gezielt fördern.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Sanierung Linth	I	DBU	laufend
Schaffung von Wildruhegebieten	I	DBU/RR	2012
Neuer Energie-Richtplan	I	DBU/LR	2012
Verstärkung Schutz vor Naturgefahren	II	DBU/RR	laufend

Stand Umsetzung

Das Projekt „Linthsanierung“ ist bald abgeschlossen. Die übrigen Massnahmen verschieben sich rund ein Jahr nach hinten.

2.9. Bildung

Ausbildung auf allen Stufen zeitgemäss ausgestalten.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Umsetzen und Begleiten der neuen Volksschulstrukturen in den drei Gemeinden (geleitete Schulen, Blockzeiten und Tagesstrukturen, Sonderpädagogikkonzept)	I	DBK	2010-2012
Beitritt Sonderpädagogikkonkordat	I	LR/LG?	2011/2012
Entscheid über die Einführung der Basisstufe nach Abschluss der schweizerischen Versuche	I	RR/LR?	2012-2014

Stand Umsetzung

Das Umsetzen und Begleiten der neuen Volksschulstrukturen in den drei Gemeinden schreitet planmässig voran. Die Frage des Beitritts zur interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik wird 2012 geklärt sein und es wird dazu voraussichtlich weder ein Entscheid der Landsgemeinde noch des Landrates nötig werden. Die Gesetzgebungsarbeiten für die Einführung der Basisstufe sind bereits fortgeschritten und es ist vorgesehen, nach einer Vernehmlassungsphase im Herbst 2012 mit entsprechenden Vorlagen an Regierung und Landrat zu gelangen.

2.10. Gesundheit

Das eigene Angebot nachfragegerecht optimieren, interkantonale Synergien konsequent nutzen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Überführung Spital in neue Unternehmens- und Organisationsstruktur:	I	RR/DFG	2010/2011
- Einführung neues Finanzierungssystem KVG	I	RR/DFG	2010/2011
- Änderung der Verordnung über die Organisation des Kantonsspitals, Integration Leistungsauftrag	I	LR	2010/2011
Prüfung Vereinbarung mit Kooperationspartner für Kantonsspital	I	RR	Bis 2012
Prüfung Anpassung Rettungswesen	II	RR/DFG	2012-2014
Erarbeitung Leitbild Gesundheit	I	LR	2011/2012
Beschluss Konzept Gesundheitsförderung und Prävention / Umsetzung	II	RR	2012ff

Erarbeitung Spital- und Rehabilitationsplanung (Spitalliste)	II	RR	bis 2012
--	----	----	----------

Stand Umsetzung

Das Kantonsspital wurde in eine Aktiengesellschaft überführt, mit dem Kantonsspital Graubünden konnte ein Kooperationspartner gefunden werden, diese Massnahmen sind umgesetzt. Bei den übrigen Massnahmen befindet man sich im Zeitplan; einzig die Erarbeitung eines integrierten Rettungskonzeptes bedarf einer längeren Frist.

2.11. Soziales

Ein soziales Gefälle zwischen den drei Gemeinden ausgleichen.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Neubau „glarnersteg“ (Ersatz Schwerstbehindertenheim)	I	DVI/DBU	ab 2010
Sanierung/Ersatzbau Menzihuus, Filzbach	I	DVI/DBU	2010/2011
Überprüfen Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern	II	DVI/LG	2010/2011

Stand Umsetzung

Bezüglich Glarnersteg fallen bis Mitte 2012 wichtige Entscheide. Das Menzihuus wird im Sommer 2012 eingeweiht. Nur noch dritte Priorität geniesst die Überprüfung des Gesetzes über Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern.

2.12. Sicherheit

Öffentliche Sicherheit bedürfnisorientiert garantieren.

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Planung Sicherheitsstützpunkt Zeughaus Glarus	II	DBU/DSJ/LR (LG)	2014/2015 2015 (2016)
Revision Gesetzgebung Militär- und Zivilschutz	I	DSJ/LG	2013
Prüfung Verhältnis Polizei – private Sicherheitsfirmen	I	DSJ/RR	2014
Überprüfung Stützpunktkonzept Kantonspolizei (3 Gemeinden - 3 Stützpunkte)	II	DSJ/RR	2014

Stand Umsetzung

Die Planung des Sicherheitsstützpunktes Zeughaus Glarus verschiebt sich um zwei Jahre nach hinten; die Umsetzung der übrigen Massnahmen ist auf Kurs.

3. Weitere Ziele der Departemente/Staatskanzlei (operative Ziele)

3.1. Finanzen und Gesundheit

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Schaffung eines verwaltungsübergreifenden Personalmanagementprozess/Implementierung Personalinformationssystem inkl. einheitlicher (elektronischer) Personalakte	I	DFG	Start 12/2009 - 2014

Totalrevision Spitex-Verordnung	I	LR	2010
Umsetzung HRM2 / Musterhandbuch für Kanton und Gemeinden (buchhalterisch)	I	DFG	2010 vollständige Umsetzung per 1.2015
Vollzugserlasse zum Finanzausgleichsgesetz	II	RR/LR	2010
Vollzugserlasse zu den KVG-Revisionen (Pflegefiananzierung, IPV-Zahlungsmodell, Verlustscheinbewirtschaftung, Spitalplanung)	I	RR	2011
Aktualisierung der Rechtsgrundlagen für Tierschutz-, Tierseuchengesetzgebung sowie weitere Beschlüsse	I	LG/LR/RR	2013
Zusammenführung/Annäherung von Veterinärbereich und Lebensmittelkontrolle	II	RR	bis 2013

Stand Umsetzung

Die Umsetzung der geplanten Massnahmen ist auf Kurs. Die Spitex-Verordnung ist total revidiert, HRM2 ist im Kernbereich eingeführt, die Vollzugserlasse zum Finanzausgleich sind in Kraft. Die Revision des Tierschutz- und Tierseuchengesetzes wurde 2012 von der Landsgemeinde beschlossen. Im Anschluss daran sind nun die entsprechenden regierungsrätlichen Verordnungen zu erstellen bzw. zu revidieren.

3.2. Bildung und Kultur

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Neue Bildungsstatistik gemäss den Anforderungen des Bundes	I	RR	2011/2012
Realisierung Projekt Nahtstelle Schule-Berufsbildung	I	DBK/DVI	2010-2014
Revision der Stipendiengesetzgebung	II	LR	2012-2014
Revision der Sportgesetzgebung	II	LG	2012-2014
Inventarisierung der Denkmalpflegeobjekte von regionaler und lokaler Bedeutung	DBK	II	2010-2014

Stand Umsetzung

Die neue Bildungsstatistik ist gemäss den Vorgaben des Bundes bereits umgesetzt. Das Projekt Nahtstelle Schule-Berufsbildung entwickelt sich und es ist mit einem Grundsatzentscheid (RR evtl. LR) zur Einführung eines „case-managements“ bis Ende des Jahres zu rechnen. Das Verfahren der Stipendiengesetzgebung wird voraussichtlich im Sommer 2012 bereits abgeschlossen werden können. Der Landrat hat die nötigen Mittel für das Denkmalpflegeinventar gesprochen, die Arbeiten am Inventar sind nun im Gange.

3.3. Bau und Umwelt

Massnahmen	Priorität	Zuständig	Termin
Revision Strassengesetz	I	DBU	2013
Abschluss Sanierung von Rathaus, Gerichtshaus, Zaunschulhaus, Kantonsschule	I	DBU	bis 2014
Leistungsvereinbarungen NFA 2012-2015	I	RR	2011
Schaffung Glarner Abo/Tarifverbund	II	RR/LR	2013 (Dez)
Umsetzung Studentakt Glarner Sprinter	I	DBU	2014 (Mitte)
Aufbau Geoinformationsstruktur	II	RR	2014 (Mitte)

<i>Parkhaus Kantonsspital (gelöscht gem. DBU)</i>	<i>II</i>	<i>DBU/LR (LG)</i>	<i>2011/2012 (2014)</i>
---	-----------	------------------------	-----------------------------

Stand Umsetzung

Bei den kantonalen Hochbauten wird die Sanierung des Zaunschulhauses 2012, diejenige des Gerichtshauses 2013 abgeschlossen. 2012 wird die Planung der Aussensanierung der Kantonsschule vorangetrieben, mit der Umsetzung wird 2013 begonnen. Man befindet sich hier im Plan. Einzig die Sanierung des Rathauses kann nicht bis 2014 abgeschlossen werden. Gestrichen wurde das Ziel „Parkhaus Kantonsspital“; dies ist nach der Verselbständigung des Spitals nicht mehr Sache des Kantons.

Die Landsgemeinde 2012 hat dem Stundentakt für den Glarner Sprinter und dem Beitritt zum Tarifverbund OSTWIND zugestimmt. Der Tarifverbund wird auf Dezember 2013 eingeführt.

Das Strassengesetz wird 2013 der Landsgemeinde vorgelegt.

3.4. Volkswirtschaft und Inneres

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
<i>Revision Sozialversicherungserlasse (Kant. Erlasse zur AHV und IV und verwandte Erlasse)</i>	<i>I</i>	<i>DVI/LG</i>	<i>LG 2011</i>
<i>Überprüfen Kantonalisierung des Sozial- und Vormundtschaftswesens und Anpassungen im SHG (inkl. Sozialinspektor etc.)</i>	<i>I</i>	<i>DVI/LG</i>	<i>LG 2012</i>
<i>Anpassungsgesetzgebung i.S. Kindes- und Erwachsenenschutzrecht „KES“ (EG ZGB etc.)</i>	<i>I</i>	<i>DVI/LG</i>	<i>LG 2012</i>
<i>Anpassung kant. ELV betr. Pflegefinanzierung</i>	<i>I</i>	<i>DVI/RR</i>	<i>2010</i>
<i>Neuregelung Opferhilfebereich</i>	<i>II</i>	<i>DVI/LR</i>	<i>2011</i>
<i>Revision Ruhetagsgesetz</i>	<i>II</i>	<i>DSJ/DVI/LG</i>	<i>LG 2012</i>
<i>Revision kant. Landwirtschaftsrecht</i>	<i>II</i>	<i>DVI/LG</i>	<i>2013/2014</i>
<i>Überarbeitung Gemeindegesezt und Kantonsverfassung (Bereinigung Übergangsrecht)</i>	<i>II</i>	<i>DVI</i>	<i>ab 2013</i>

Stand Umsetzung

Die Umsetzung ist auf Kurs. Die Sozialversicherungserlasse sind revidiert (LG 2011), die Vorlage Anpassung Kinds- und Erwachsenenschutzrecht und des Ruhetagsgesetzes von der Landsgemeinde 2012 verabschiedet; zurzeit wird die Umsetzung vorbereitet. Die Bereiche Pflegefinanzierung und Opferhilfe sind revidiert, teils sogar vor dem geplanten Zeitpunkt.

Bezüglich Kantonalisierung des Sozial- und Vormundtschaftswesens wurden erste Ergebnisse präsentiert; der Bericht wird zurzeit überarbeitet. Gesetzesänderungen dürften aber nicht nötig werden. Die Änderungen des Sozialhilfegesetzes (Sozialinspektion, Schulsozialarbeit) wurden von der Landsgemeinde 2012 verabschiedet.

Die Arbeiten am Landwirtschaftsrecht wurden in Angriff genommen, es ist aber noch offen, ob für 2013 eine Landsgemeindevorlage vorbereitet wird. Der Entscheid, ob das Gemeindegesezt total revidiert oder Einzelanliegen vorgezogen werden, wird nach 2012 getroffen.

3.5. Justiz und Sicherheit

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Ausführungsgesetzgebung zu revidiertem EG StGB, EG StPO, EG ZPO	I	RR	2010/2011
Revision der Vollzugsverordnung zum Strafprozess, zum Straf- und Massnahmenvollzug und zur Opferhilfe (VSSMO)	II	RR	2011
Revision Gesetzgebung Handelspolizeiwesen	II	LG	2013
Revision Gesetzgebung Mass und Gewicht	II	LG	2013
Revision Gesetzgebung Filmwesen	II	LG	2013

Stand Umsetzung

Die Revisionen der Gesetze über die Handelspolizei, Mass und Gewicht sowie das Filmwesen sind auf die Landsgemeinde 2013 vorgesehen. Grund für die einjährige Verzögerung ist, dass andere Gesetzesprojekte entweder vorgezogen wurden oder teilweise sehr aufwändig waren (Justizreform/EG Bundesstrafprozess- und Bundeszivilprozessordnung, Lotteriegesetzgebung, Notrechtsgesetzgebung, inkl. Landesversorgung, Brandschutzgesetzgebung, Registerharmonisierung, Sachversicherungsgesetz). Die übrigen Termine gemäss Legislaturplanung sind eingehalten bzw. können eingehalten werden.

3.6. Staatskanzlei/Finanzkontrolle

<i>Massnahmen</i>	<i>Priorität</i>	<i>Zuständig</i>	<i>Termin</i>
Abschluss Einführung Konsul in der Verwaltung/Integration Landrat mit Extranet	I	SK/LR	2010/2011
Überprüfung Publikationen (direkte Bearbeitung Gesetzessammlung/Amtsblatt mit neuen Programmen))	I	SK	2010/2011
Verwesentlichung der Gesetzgebung (Generelle Überarbeitung der Gesetzessammlung)	II	SK/Dep	2012-2014
Überprüfung Organisation Finanzkontrolle (nach Abschluss Projekt Gemeindestrukturreform)	II	SK/DVI	2013

Stand Umsetzung

Die Abschlussarbeiten für die Einführung von Konsul sowie die Einführung eines Programms zur direkten Redaktion der Gesetzessammlung sind Ende 2012 später als geplant abgeschlossen. Das Projekt „Verwesentlichung der Rechtssetzung“ wurde plangemäss 2012, zusammen mit der „Effizienzanalyse light“, gestartet. Die Überprüfung der Organisation der Finanzkontrolle ist erfolgt und die Aufgaben der Fachstelle neu festgelegt.

4. Zusammenfassung

Mit der Umsetzung des Legislaturprogramms 2010 bis 2014 geht es gut voran; die meisten Massnahmen können realisiert werden. Einige wenige zeitliche Verschiebungen erfolgen teils aus Kapazitätsgründen, teils aus übergeordneten politischen Gründen (z.B. Umsetzung Unternehmenssteuerreform III, Wasser- und Strassengesetz). Zudem sind neue Vorhaben (z.B. Effizienzanalyse) dazugekommen.

Bezüglich Umfahrung ist ein Ziel, bei Verabschiedung des Netzbeschlusses zur Ergänzung der Nationalstrassen dem ASTRA ein baureifes Projekt zu unterbreiten; kantonale Ergänzungen werden bereits in Angriff genommen. Das neue Strassengesetz ist in Vorbereitung. Beim öV wird mit dem Stundentakt für den Glarner Sprinter Ende 2014 ein wichtiges Ziel der Standortförderung des Kantons erreicht.

Fragen zum Wasser werden in der zweiten Legislatur-Hälfte die politische Diskussion beherrschen. Neben dem Gross-Pumpspeicher-Projekt „Linthal 2015“ durch die AXPO wollen weitere Projekte für die Nutzung der Wasserkraft realisiert werden. Die Wasserkraft hat durch den beschlossenen Atomausstieg an Bedeutung gewonnen. Diese Diskussionen zum Energierichtplan und zum neuen Wassergesetz sollen den Interessen aller Beteiligten (Kanton, Gemeinden, private Inhaber Wasserrechte, Umwelt) Rechnung tragen.

Im Sozial- und Gesundheitswesen sowie im Bildungsbereich ist die Umsetzung des Legislaturprogrammes auf Kurs. Hier wird der Takt jedoch nicht alleine durch den Kanton, sondern oft durch den Bund vorgegeben, leider mit beschränktem Einfluss auf die kantonale Umsetzung, aber mit grossem Einfluss auf die Finanzen des Kantons (Krankenversicherungsgesetz, Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, IV).

Die Kantonsfinanzen befinden sich dank haushälterischem Umgang mit den Mitteln, der Umsetzung der Steuerstrategie und der besser als prognostizierten Konjunktur in besserem Zustand als erwartet. Es gilt weiterhin Sorge zu tragen, die finanzpolitischen Bäume wachsen gerade in einem kleinen Kanton nicht in den Himmel. Auch sind in vorstehend erwähnten Bereichen Mehrausgaben in den kommenden Jahren beschlossen oder zu erwarten.

Die Gemeindestrukturreform ist per 1. Januar 2011 in Kraft und befindet sich in der Konsolidierungsphase. Erste Anhaltspunkte über Stand und Erfolg wird der sich in Arbeit befindliche Wirksamkeitsbericht bringen. Allerdings sind von Kanton und Gemeinden noch weitere Anstrengungen über die Legislatur hinaus notwendig, will man alle ihre Ziele erreichen.

5. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, vom Bericht Stand der Umsetzung per Mitte 2012 des Legislaturprogramms 2010/2014 Kenntnis zu nehmen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

*Andrea Bettiga, Landammann
Hansjörg Dürst, Ratsschreiber*